



LUDWIG-  
MAXIMILIANS-  
UNIVERSITÄT  
MÜNCHEN

INSTITUT FÜR  
KOMMUNIKATIONSWISSENSCHAFT  
UND MEDIENFORSCHUNG



Prof. Dr. Michael Meyen · IfKW · Oettingenstr. 67 · 80538 München

Prof. Dr. Michael Meyen

Thüringer Landtag  
Ausschuss für Europa, Kultur und Medien

Jürgen-Fuchs-Str. 1  
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST  
12.03.2021 09:31

661812021

Postanschrift  
Oettingenstr. 67  
D-80538 München

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen

München, 10.03.2021

**Thüringer Gesetz zu dem Staatsvertrag über den MDR**  
**Schriftliches Anhörungsverfahren**

**Den Mitgliedern des**  
**AfEKM**

Thüringer Landtag  
Z u s c h r i f t  
**7/1114**

(schriftliche #  
Anhörung)

zu Drs. 7/2555

Sehr geehrte Damen und Herren,

finden Sie bitte in der Anlage die gewünschte Stellungnahme. Diese Stellungnahme beschränkt sich auf § 16 des Entwurfs für einen neuen MDR-Staatsvertrag.

Mit freundlichen Grüßen aus München und guten Wünschen für erfolgreiche Beratungen,

Ihr

(Prof. Dr. Michael Meyen)

## **Stellungnahme**

Zu dem am 5. Februar 2021 durch den Ausschuss für Europa, Kultur und Medien des Thüringer Landtags beschlossenen Anhörungsverfahren über den Beratungsgegenstand „Thüringer Gesetz zum Staatsvertrag über den Mitteldeutschen Rundfunk (MDR)“ möchte ich wie folgt Stellung nehmen. Die Stellungnahme betrifft §16 (Zusammensetzung des Rundfunkrats).

### **Allgemeine Einordnung zu §16**

Ich begrüße, dass der Gesetzentwurf die Zusammensetzung des Rundfunkrats modifiziert. Dem Rundfunkrat gehören in seiner neuen Fassung 50 statt bisher 43 Mitglieder an.

Dem Gebot der Staatsferne folgend wird die Zahl der Vertreter der Landtage auf nunmehr je drei und die der Landesregierungen wie bisher auf je einen begrenzt. Aus meiner Sicht ist nicht das Ziel der Staatsferne, sondern der Staatsfreiheit anzustreben. Deshalb teile ich die Sorge des Beirats der Intendantin, dass Regierungsmitglieder trotz der Modifikation von §16 Einfluss auf den Sender nehmen. In seiner Erklärung vom 4. Februar 2021 fordert der Beirat, keine Vertreter der Landesregierung aufzunehmen, die Zahl der staatlichen und staatsnahen Mitglieder in den Aufsichtsgremien konsequenter zu begrenzen und die Einsetzung einer Redaktionsvertretung mit umfassenden Rechten und Pflichten im Staatsvertrag festzuschreiben. Ich unterstütze diese Erklärung, weise aber zugleich darauf hin, dass weder dort noch in der öffentlichen Diskussion oder im Gesetzentwurf zum Staatsvertrag über den MDR die Möglichkeiten der direkten Publikumsbeteiligung in den Kontrollorganen ausreichend gewürdigt werden.

„Die Zusammensetzung der Aufsichtsgremien der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ist gemäß Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG am Gebot der Vielfaltsicherung auszurichten. Danach sind Personen mit möglichst unterschiedlichen Perspektiven und Erfahrungshorizonten aus allen Bereichen des Gemeinwesens einzubeziehen“, urteilte das Bundesverfassungsgericht 2014. Dass sich gerade im Sendegebiet des MDR Teile der Bevölkerung nicht in diesen Leitsätzen wiederfinden, zeigen die Debatten um den Legitimationsverlust der traditionellen Medien oder die Weigerung der CDU von Sachsen-Anhalt, für eine Erhöhung der Beiträge zu stimmen. Um die Akzeptanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu erhöhen, ist eine direkte Beteiligung des Publikums in den Kontrollorganen eine Lösung, die wegweisend für die Zukunft der Demokratie sein kann.

## **Empfehlungen zu § 16**

Anders als in der Schweiz existieren in Deutschland keine Strukturen zur direkten Einflussnahme des Publikums auf die Programmgestaltung. Das Instrument der Programmbeschwerde hat sich in den letzten Jahren zunehmend als stumpf erweisen. Um das Bewusstsein für die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung zu erhöhen, folgen an dieser Stelle Vorschläge, wie der MDR seine Kontrollgremien für die Mitbestimmung in passiver und aktiver Richtung öffnen kann. Die Ideen basieren auf einer Masterarbeit von Torsten Küllig an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege des Freistaates Sachsen (FH), die ich im Januar 2021 begutachtet habe.

### **1. Öffentliche Präsenz und Transparenz für den Rundfunkrat**

Einem großen Teil der Beitragszahler ist nicht bekannt, dass es in Deutschland Rundfunkräte gibt, die ihre Interessen vertreten sollen. Darüber hinaus verfügen nur wenige Menschen über das nötige „Spezialwissen“, um sich zum Beispiel über eine Programmbeschwerde in die Gremienarbeit einbringen zu können. Um die Bekanntheit des Rundfunkrats zu erhöhen, für seine Arbeit zu werben und zugleich die Rückkopplung zum Publikum zu verbessern, ist eine größere Transparenz zu empfehlen – bis hin zur öffentlichen Übertragung der Sitzungen. Dies würde zugleich die Transparenz im Umgang mit möglichen Programmbeschwerden erhöhen. Zur Transparenz zählt auch die Ausarbeitung von einheitlichen Kriterien für die Liste der Gruppierungen, die laut Staatsvertrag entsendungsberechtigt sind. Anders formuliert: Welche Bedingungen muss eine Organisation oder Institution erfüllen, um eine bestimmte Zahl von Menschen in den Rundfunkrat delegieren zu können?

### **2. Mitbestimmung und Auswahl der Rundfunkräte**

Für die Zusammensetzung der Rundfunkräte bieten sich alternative Benennungsmethoden an. Eine erste Möglichkeit ist, die Rundfunkräte durch ein Zufalls- oder Losverfahren auszuwählen. Ähnlich wie in der Konzeption der „aleatorischen Demokratie“ repräsentieren die Ausgelosten dabei einen Querschnitt der Bevölkerung. Die entsprechende Literatur nennt zahlreiche Vorteile eines solchen Verfahrens. Erstens steigt die Akzeptanz von Entscheidungen, wenn Menschen „von nebenan“ beteiligt sind. Zweitens führt allein die Möglichkeit, per Los in ein Gremium zu kommen, zu einem stärkeren Interesse an der Arbeit des Rundfunks und in der Konsequenz zu einer höheren Medienkompetenz in der Bevölkerung. Drittens wäre der Rundfunk ein ideales Testfeld, um Zweifel an Parlamenten oder anderen Gremien auszuräumen, die über Losverfahren gebildet werden. Nicht zuletzt würden die Erfahrungen,

die der Rundfunkrat hier machen könnte, die entsprechenden Verfahren verfeinern und perfektionieren.

Eine zweite Möglichkeit zur Bestimmung der Rundfunkräte orientiert sich am Vorbild der Sozialwahl bei gesetzlichen Sozialversicherungsträgern. So könnten die 46 Millionen Beitragszahler die Rundfunkräte direkt wählen. Zum einen würde das Gremium dadurch bekannter werden, und zum anderen hätten die Beitragszahler Ansprechpartner, die ihnen durch die Wahl vertraut sind.

Eine dritte Möglichkeit für mehr Mitbestimmung des Publikums ist die Partizipation über die neunstellige Beitragsnummer. Der Beitragsservice könnte ein Portal etablieren, für das diese Nummer wie ein Primärschlüssel funktioniert, und so Publikumsfeedback einholen – auch begrenzt für das MDR-Sendegebiet. Diese Mitbestimmungsinstrument bräuchte natürlich eine rechtliche Grundlage, die auch regelt, wann das Instrument eingesetzt wird und welchen Stellenwert ein solches Votum hätte.

### 3. Vorbild Schweiz: Publikumsrat und Ombudsmann

Die Schweiz verfügt über eine langjährige Tradition der direkten Demokratie, die auch bei der Medienaufsicht eine zentrale Rolle spielt. Wegweisend für eine stärkere Mitbestimmung sind dort der Publikumsrat sowie die Ombudsstelle. Beide Gremien beobachten gleichberechtigt die Programmangebote des SRF (Schweizer Radio und Fernsehen) und beurteilen Beanstandungen im Sinne einer Qualitätskontrolle. In den Publikumsrat kann sich theoretisch jeder Interessent aus den verschiedenen Bevölkerungsschichten wählen lassen. Auf der Homepage der Ombudsstelle kann jeder aus dem Publikum Beanstandungen einreichen. Die Ombudsstelle berichtet spätestens 40 Tage nach dem Einreichen über Umgang und Ergebnisse.

### 4. Förderung zivilgesellschaftlicher Beschwerdeinstanzen

Dass die Mitsprache der Rezipienten auch zivilgesellschaftlich erfolgen kann, zeigt der Verein „Ständige Publikumskonferenz der öffentlich-rechtlichen Medien“, der sich 2014 gründete. Der Verein hat die Kritik von unzufriedenen Zuschauern aufgenommen und daraus bis 2020 über 200 Programmbeschwerden entwickelt. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk sollte dieses zivilgesellschaftliche Engagement für sich nutzen und so davon profitieren. Durch die Förderung vergleichbarer Vereine kann eine unabhängige, demokratische Kontroll- und Beschwerdeinstanz für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk aufgebaut werden. Diese Formen von Bürgerpartizipation werden die Akzeptanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im MDR-Sendegebiet nachhaltig erhöhen.